



## STRATEG Brief Nr. 18 A

### Thema: Aktuelle Entwicklungsmöglichkeiten der NATO – aus militärischer Sicht

Die weit verbreitete Bestürzung über das Verhalten des US-Präsidenten beim NATO-Treffen und am G7 Gipfel am 25. und 26. Mai hat in Europa zu einer Vielfalt politischer Stellungnahmen geführt. Die folgenden kurzen Überlegungen sollen Ansätze zu einer Analyse aus militärischer Sicht bieten.

Der Kandidat Trump hat seine anfänglich kritischen Äußerungen über die NATO („die NATO sei überholt“) nach Erlangen des Präsidentenamtes zunächst deutlich abgemildert, so dass die Erwartungen der anderen NATO-Mitglieder berechtigt waren, der NATO Gipfel am 25. Mai 2017 würde zu einer ausdrücklichen Bekräftigung des US-Bekenntnis zur NATO und ihrer im Artikel 5 verankerten Beistandsverpflichtung Anlass geben.<sup>1</sup> Das ist nicht nur ausgeblieben, sondern das Verhalten des US-Präsidenten ließ neuerlich Zweifel am Interesse der USA an der NATO aufkommen. Die Frage nach der tatsächlichen Tragweite dieser Einschätzung liegt im Zentrum der gegenwärtigen Diskussion.

Es geht dabei eigentlich nicht um die Substanz des Artikels 5. Er wird in seinem rechtlichen Bestand nicht angetastet und dementsprechend bleiben die militärischen Aufgabenstellungen unberührt, die aus dieser Bestimmung abgeleitet werden.

Das alleine sagt aber nichts über die Substanz aus, welche die USA im Anlassfall bereit sind, in den Artikel 5 zu investieren. Hier war das Verhalten des US-Präsidenten eine ziemlich brutale Erinnerung an eine ganze Reihe von früheren Feststellungen der USA, wonach die Belastung des einzelnen US-Bürgers für die Sicherheit Europas zu hoch sei, während die Europäer selbst nicht genug für ihre Sicherheit täten. Das ist eine Feststellung die quer durch alle politischen Lager in den USA zu vernehmen ist. Dazu kommt die bekannte strategische Gewichtsverlagerung der USA in den pazifischen Raum, die sich nach allen Anzeichen auch in militärischer Hinsicht fortsetzen wird.

Die Konsequenzen, welche die USA bisher aus diesen Umständen gezogen haben, waren darauf ausgerichtet, einen grundsätzlich uneingeschränkten militärischen Beitrag zur NATO bei akzeptablem Risiko kotengünstiger zu gestalten. Das erfolgte vor allem durch Rückverlegung umfangreicher in Europa vorausstationierter Truppenteile in die USA. Diese Entwicklung ist sogar in Folge der Ereignisse in der Ukraine in begrenztem Umfang umgekehrt worden. Die USA zögerten auch in den letzten Jahren, in vorderer Linie für Aktionen des Krisenmanagements außerhalb des Artikels 5 einzutreten, die sie dem Verantwortungsbereich der Europäer zuordneten. Ein Beispiel dafür ist die Aktion in Libyen im Jahr 2013.

Deutet man nun das Verhalten des US-Präsidenten als eine Ankündigung für eine beschleunigte Fortsetzung dieser Tendenzen (Maßnahmen zur Rückversicherung gegenüber Russland dürfen hier zunächst ausgenommen werden), dann ergeben sich daraus Konsequenzen für das militärische Gefüge der NATO und für die Streitkräfte der europäischen Mitgliedsstaaten des Bündnisses. Bevor auf diese Konsequenzen eingegangen wird, soll noch auf ein unter der allgemeinen Aufregung über Trump in den Hintergrund getretenes inhaltliches Element des jüngsten NATO-Gipfels hingewiesen werden, nämlich eine Verlagerung des Schwerpunktes der NATO auf Terrorbekämpfung. Hier dürfte es sich um einen Bereich handeln, in dem auch weiterhin hohes Interesse der USA an Unterstützung für die Europäer besteht. Andererseits kann eine derartige Schwerpunktverlagerung umfangreiche Konsequenzen für militärische Planungen und Kräftebedarf haben, sobald politisch geklärt ist, wie weit diese Schwerpunktverlagerung reichen soll, und was sie zu umfassen hätte. Die am 25. Mai entschiedene Eingliederung der NATO als Organisation in die anti-IS-Koalition kann hier wohl nur ein erster Schritt sein. In den Augen der USA wird es schon bald zum Test für die NATO werden, ob die Europäer bereit sind, ihnen auf dieses Terrain zu folgen, vor allem ob jene, die sich vor allem durch Russland bedroht sehen, bereit sind, ver-

---

<sup>1</sup> . Der Artikel 5 ist die gegenseitige Beistandsgarantie des Bündnisses und damit die Grundlage für das Bestehen der NATO schlechthin.



stärkt Ressourcen der Allianz in die strategischen Richtungen Nah-Mittelost, Mittelmeer und Nordafrika abfließen zu sehen. Das künftige Engagement der USA wird auch von diesem Echo aus Europa abhängen.

Vereinfacht dargestellt, hat dieser Gipfel den schon bestehenden Druck auf die Europäer in der NATO deutlich erhöht, sich finanziell und politisch stärker für ihre eigene Sicherheit zu engagieren. Diese Forderung geht über die NATO hinaus und bezieht sich auf nicht-militärische Felder der Sicherheit.

Das fand in den beiden Leitnationen der EU, Deutschland und Frankreich, auch positiven Widerhall. Wie weit und in welcher Form diese politischen Ankündigungen auch umgesetzt werden können, bleibt abzuwarten. Allerdings hat noch nie ein deutscher Bundeskanzler so deutlich die Eigenverantwortung der Europäer herausgestrichen, wie Frau Merkel das getan hat. Das war keine Ansage gegen die USA, das war eine an Europa gerichtete Herausforderung. Und schon seit 10 Jahren hat kein Präsident Frankreichs derart starke proeuropäische Elemente in seinem sicherheitspolitischen Programm gehabt, wie das bei Präsident Macron der Fall ist.

Es gibt also in Europa einzelne politische Vorzeichen mit Gewicht, die auf eine stärkere Übernahme von Verantwortung durch die Europäer hindeuten. Noch sind allerdings die Konsequenzen eines solchen Schrittes nicht beziffert, noch sind die Befürchtungen jener nicht ausgeräumt, die in einer Stärkung der europäischen Komponente und einer Schwergewichtsverlagerung hin zur Terrorbekämpfung eine Schwächung des Bündnisses in der Erfüllung der Abschreckungs- und Schutzaufgabe gegenüber Russland sehen.

Es wird auch notwendig sein, den militärpolitischen Rahmen einer derartigen Verstärkung der europäischen Komponente der Sicherheit zu beschreiben. Es geht hier nicht nur um die Europäische Union, es geht auch um die europäischen Mitgliedsstaaten der NATO. Die EU kann Instrumente anbieten, wie eine solche verstärkte Zusammenarbeit zwischen ihren Mitgliedsstaaten und allenfalls auch mit Drittstaaten, wie etwa Großbritannien, organisiert werden kann. Diese Diskussion ist voll im Gange und könnte durch die jüngsten Ereignisse einen wertvollen Impuls erhalten. Modelle wie eine tatsächlich mit Leben erfüllte Ständige Strukturierte Zusammenarbeit oder ein europäischer Verteidigungsfonds stehen hier zur Verfügung. Die Offenheit der EU gegenüber den europäischen NATO-Staaten, die nicht Mitglieder der Union sind, sollte dabei ein zentrales Anliegen sein, weil es die Akzeptanz bei diesen Mitgliedern und sicherheitspolitischen Partnern der EU erhöhen würde. Zu diesen Staaten zählt auch die Türkei.

Verstärkte und koordinierte Investitionen in geeignete militärische Fähigkeiten sind ein wesentlicher erster Schritt. Betrachtet man die Liste der Fähigkeiten, welche derzeit nur die USA im Rahmen der NATO zur Verfügung stellen, ergibt sich ein klarer Hinweis, wo eine erhöhte Unabhängigkeit der Europäer – oder der EU – und gleichzeitig eine Entlastung der USA erreicht werden könnten. Eigenständiges militärisches Handeln setzt die Kombination von entsprechendem politischen Willen und geeigneten und nachhaltigen militärischen Fähigkeiten voraus. Es geht dabei um die Entwicklung einer geeigneten Führungsstruktur, die auch die besonderen Vorteile der EU; voll zur Geltung bringt, es geht um ein unabhängiges strategisches Lagebild und es geht um rasche Entscheidungsprozesse. Letztere setzen das von Kommissionspräsident Juncker geforderte „Sprechen mit einer Stimme“ voraus.

Ob es sich letztlich um die Entwicklung strategische Autonomie der Europäer in der NATO oder der EU als internationalen Akteur handeln wird, wird Gegenstand von Diskussionen bleiben. Jedenfalls wird es nur sinnvoll sein, über strategische Autonomie zu diskutieren, wenn die politische Bereitschaft besteht, die hier erwähnten Voraussetzungen zu erfüllen.

Wenn die Ernüchterung des 25. Mai zur Schaffung dieser Voraussetzungen in Europa führen kann, dann hat dieser NATO-Gipfel seinen Zweck erfüllt. Der Bestand der NATO würde durch solche Entwicklungen, auf neuen politischen und faktischen Grundlagen, auch für die Zukunft gesichert.